



Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 17-50/15.12.2017

Internationale Einsätze der Bundeswehr

Berlin – 12.12.2017

Die Plenardebatte in dieser Woche war entscheidend geprägt von der Verlängerung der insgesamt 7 Bundeswehrmandate für weitere 3 Monate. Das Engagement der Bundeswehr vom Mittelmeer über Afghanistan bis hin nach Mali ist Ausdruck des Bekenntnisses zu internationaler Verantwortung und Solidarität. Die Aufrechterhaltung bzw. die Herstellung stabiler Staatssysteme, die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus und die Ausbildung der lokalen Sicherheitssysteme ist auch ein unmittelbarer Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Deutschland. Es ist eine vollkommen realitätsferne Bewertung, wenn einzelne politische Kräfte der Meinung sind, dass ausschließlich der Blick nach innen ausreichen würde, um Auswirkungen von Krisenherden auf dieser Welt abwenden zu können. Die Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Gemeinschaft erfordert es auch, die verantwortliche Mitwirkung bei der Sicherheitsarchitektur durch direkte Mitwirkung zu dokumentieren und vor allen Dingen nicht den Eindruck zu erwecken, dass wir nicht nur nicht willens sondern vor allen Dingen auch nicht in der Lage wären, unser Sicherheitsbedürfnis aus eigenen Kräften zu befriedigen. Die neue europäische Initiative PESCO, die ständige strukturierte Zusammenarbeit, ist dabei ein wichtiger Meilenstein.

Die neue GroKo – Eine schöne Bescherung?

Berlin – 13.12.2017

In der Weihnachtszeit ist der Begriff einer „schönen Bescherung“ doppeldeutig zu verstehen. Schön wäre es, wenn sie im Zusammenhang mit der Regierungsbildung als positives Signal betrachtet werden könnte. Die Gespräche der Kollegen untereinander im Laufe dieser Sitzungswoche kreisten natürlich ununterbrochen um die Frage, ob denn nun das Regierungsbündnis in Form einer neuen großen Koalition alsbald Gestalt annimmt oder nicht. Es kann schon als sehr belastend für die Arbeit bezeichnet werden, wenn jede Bemerkung unseres Führungspersonals in der Presse sofort zum Anlass genommen wird, wieder neue Diskussionen über mögliche Szenarien zu entfachen.

Zweifelsohne ist die jetzige Situation in vielfacher Hinsicht historisch einmalig. Im internationalen Vergleich sind wir allerdings Meilenweit oder sogar Lichtjahre von einer Staatskrise entfernt. Die geschäftsführende Bundesregierung ist handlungsfähig, was allerdings ebenso selbstverständlich kein Dauerzustand bleiben kann und soll. Die vielfach wiederholte von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nach einer **stabilen Regierung** ist eine elementare Voraussetzung für eine verlässliche Politik für Deutschland. Die umfangreichen Findungsversuche der SPD, sich einerseits – zumindest nach außen hin – der Verantwor-

tung zu stellen, aber andererseits sich Freiräume zur Selbstfindung offen zu halten, ist ein Eiertanz, der weder der Bundesrepublik noch insbesondere auch der SPD selbst gut tun wird. Die Debattenverläufe in dieser Woche haben plastisch gezeigt, wie wichtig es ist, klare Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Dabei spielt es jetzt für die politische Positionierung überhaupt keine Rolle, irgendwelche politischen Ladehüter wie z.B. die Bürgerversicherung zum Knackpunkt für Koalitionsgespräche zu machen. Deutschland braucht eine Reihe von neuen Perspektiven und Zielen, die vereinbart werden müssen. Wenn die SPD tatsächlich eine Selbstfindung benötigt, was zweifelsfrei der Fall ist, dann kann dies nur durch eine Zukunftsorientierung geschehen und nicht durch eine mühsame Vergangenheitsbewältigung. Bei der Niederlegung dieser Zeilen erreicht mich nun die Nachricht, dass auch die SPD weitere Sondierungen empfiehlt. Wir werden unsererseits nun auf allen Ebenen und vor allen Dingen auch ab Januar mit der Einrichtung und Aufnahme der Arbeit der Ausschüsse alles daran setzen, dass die politische Arbeit schnellstmöglich in geordneten Bahnen einer gebildeten Regierung vorstatten gehen wird. Bei einem Partner, mit dem man in den letzten zwölf Jahren zwei große Koalitionen vereinbart hat, muss eine Vereinbarungspraxis möglich sein, die kraftvoll und in einem zeitlich komprimierten Rahmen zu Ergebnissen kommen kann. Alleine schon die alsbaldige Aufnahme zur Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2018 ist eine wichtige Voraussetzung. Europa und die Welt wartet darauf, dass sich Deutschland wieder entschlossen und verbindlich zu Wort meldet.

Diätenerhöhung – ein schwieriges Thema

Berlin - 13.12.2017

Es gibt in der Politik sehr sensible Themen, die schon alleine durch die Überschrift in erheblichem Maße polarisieren können. Dazu gehören vor allen Dingen Bereiche, in der die Politik Sachverhalte regelt, die sie und ihre Rechtsstellung selbst betrifft. In dieser Woche stand die Verlängerung von § 11 Abs. 4 Abgeordnetengesetz auf der Tagesordnung, das in der öffentlichen Berichterstattung mit dem Reizwort „Diätenerhöhung“ beschrieben wurde. Die Bemessung und Erhöhung der Diäten ist schon seit Jahrzehnten immer Gegenstand von kritischen Diskussionen gewesen, weil der Abgeordnete seine Vergütung selbst regelt. Dies ist aber vom Verfasser des Grundgesetzes ausdrücklich so angeordnet worden. Um der Anforderung nach Transparenz und Sachlichkeit zu genügen, war 2011 eine hochrangige Expertenkommission eingesetzt worden, die empfohlen hatte, die Vergütung von Richtern der obersten Gerichte als Vergleichsmaßstab heranzuziehen und die Frage der Anpassung an die Lohnentwicklung in Deutschland zu koppeln. Nach einer sehr intensiven Diskussion ist diese Regelung 2016 in das Abgeordnetengesetz aufgenommen worden. Allerdings muss diese Vorgehensweise immer drei Monate nach Konstituierung des Bundestages für die laufende Periode verlängert werden. Dies stand zur Abstimmung an und keineswegs eine konkrete Erhöhung. Leider sieht das Gesetz für den Verlängerungsbeschluss nur eine feste Frist vor, so dass auf die momentane Lage der noch laufenden Regierungsbildung keine Rücksicht genommen werden konnte, was

zweifelsohne der bessere Weg gewesen wäre, um der berechtigterweise vorrangigen Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger zur alsbaldigen Bildung einer Regierung zunächst erst Rechnung tragen zu können. Insofern ist es bedauerlich, dass die im Jahre 2016 ins Leben gerufene sehr sachliche und vor allen Dingen transparente Regelung hierdurch wieder in die Diskussion gekommen ist. Dies zeigt aber auch, dass die Politik bei diesen Themen unbedingt aufgerufen ist, mit der größtmöglichen Rücksichtnahme und auch größtmöglichen Sachlichkeit vorzugehen. Die überaus lebhafteste Debatte im Deutschen Bundestag hat aber auch gezeigt, dass ein solches Thema sehr schnell zum Zwecke der Polarisierung instrumentalisiert werden kann. Hieraus werden wir mit Sicherheit Lehren ziehen müssen.

Spatenstich Leverkusener Brücke

Leverkusen – 14.12.2017

Am gestrigen Donnerstag fand ein geradezu als denkwürdig und historisch erstmaliges Ereignis an der Leverkusener Brücke mit dem Spatenstich zum Neu- und Erweiterungsbau statt.

Das für die Region wichtige Infrastrukturprojekt der Rheinquerung kommt nun nach einer Planungs- und Genehmigungszeit von nur fünf Jahren bereits zur Ausführung und die Inverkehrnahme des ersten Teilabschnittes ist bereits für 2020 projektiert. Die Abkürzung des Rechtsweges für dieses Projekt auf eine ausschließliche Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht hat diese Beschleunigung möglich gemacht, jedoch auch eine Reihe von

kritischen Stimmen auf den Plan gerufen, die vor Ort auch lautstark zu vernehmen waren. Das Bundesverwaltungsgericht hat jedoch in seiner Entscheidung von Oktober diesen Jahres die ausreichende Würdigung von Risiken und die mögliche Beherrschbarkeit derselben bestätigt. Landesverkehrsminister Hendrick Wüst MdL betonte in seiner Rede jedoch ausdrücklich, dass auch während des Bauverlaufs die thematisierten Risikopunkte, wie etwa der Eingriff in die Giftmülldeponie des Unternehmens Bayer engmaschig begleitet und ständig überprüft werden.



Die Realisierung dieses für die Region lebensnotwendigen Lückenschlusses ist aber aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten unverzichtbar und würde einen riesigen Wirtschaftsbereich auf Dauer schwächen und schädigen. Die Vorgehensweise soll aber gleichzeitig auch als Vorbild für die weiteren anstehenden Sanierungsprojekte, wie bspw. in Duisburg, dienen, um den Mobilitätsbedarf von Menschen und Gütern gerecht werden zu können. Bei einem Zusammenbruch der Unfallstruktur wären die umweltschädlichen Auswirkungen noch wesentlich größer. Da der in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedete Bundesverkehrswegeplan in ausreichendem Maße die Finanzierung der notwendigen Sanierungen und Erneuerungen sicherstellt, können wir auf eine absehbare Verbesserung der Verkehrslage hoffen. Der Staubericht sollte dauerhaft keinesfalls länger sein, als die Nachrichten aus aller Welt.